



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierzehntägig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen die dreigespaltene Petitzeile 1,25 Mark, Codex- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postaufkalle nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Bestellungsregister.

Für die Wochen vom 6. bis 12. April und 13. bis 19. April 1919 sind die Beitragsmarken in die mit 15 resp. 16 bezelchneten Felder des Mitgliedsbuches zu kleben.

Hat unser Verband in der Revolution verlagert?

Von Gustav Fuß, Berlin.

In radikal gestimmten Arbeiterkreisen werden immer wieder Stimmen laut, die dahin gehen, die Gewerkschaften seien seit der Revolution überflüssig, weil sie mit ihrem „Bureaokratismus“ allmählich zu einem Hemmschuh des nach Freiheit und Gleichberechtigung ringenden Arbeiters geworden sind. In der Tat sind alle Gewerkschaften, auch unsere Organisation, seit dem 9. November nach außen weniger sichtbar in Erscheinung getreten, aber dem liegen tiefere Ursachen zu Grunde als unsere Kritiker annehmen.

Vorerst muß festgehalten werden, daß unsere Organisation noch heute dem gleichen Geist im Unternehmerlager gegenübersteht, als vor der Revolution. Ja, mehr noch, da die Absatzmöglichkeit der hergestellten Waren, infolge des unlegbar vorhandenen Rohstoffmangels wie Papier, Farbe und vieles andere, auf ein geringes Maß gesunken ist, haben viele Unternehmer kein allzugroßes Interesse mehr an der Aufrechterhaltung ihres Betriebes und lassen die Dinge treiben, ohne Rücksicht auf die Folgen, die für uns Hilfsarbeiter daraus entstehen müssen.

Der Krieg hat auch unserer Organisation arg mitgespielt. Die Mitglieder waren teilweise in die Kriegsindustrie abgewandert, teilweise zum Heeresdienst einberufen. Darunter litt unser Verband in seiner Schlagfertigkeit und es bedurfte intensiver Eingabe aller unserer Verbandsfunktionäre, wenigstens den äußeren Rahmen unserer Organisation zu halten. Ein Zustand der Stagnation griff Platz, und noch lange werden wir die Wunden an unserm Wirtschaftskörper mit uns herum tragen müssen. Drei Millionen Mitglieder büchen die Zentralverbände heute, und auch in den Körper unserer Organisation kehrt das regste Leben wieder zurück. In wenigen Monaten hat unser Mitgliederstand die stärkste Friedensspränze weit überschritten und beziffert sich heute auf rund 20 000. Eine neue Zeit ist angebrochen, ein neuer Geist muß walten, aber dieser neue Geist kann nur eine Fortpflanzung dessen sein, der unsere Organisation geboren und lebensfähig gemacht hat. Sehen wir uns doch die Tätigkeitsberichte der einzelnen Abteilungen und des Zentralverbandes an, zeigen sie uns nicht, daß trotz des Krieges und trotz der einzig dastehenden Wirtschaftsmisere die Besserstellung der wirtschaftlichen Lage unserer Mitglieder oberstes Leitmotiv war? Nichts ist vollkommener in der Welt, — auch unsere heutigen Gewerkschaften werden sich der neuen Entwicklung mehr und mehr anpassen müssen, und der gesunde Geist unserer Mitglieder birgt dafür, daß Stillstand und Rückschritt sich nicht einmischen können.

Lokal- oder Zentralverband, diese Frage ist für alle Kollegen längst entschieden, seitdem wir sehen mußten, wie die Druckpässe wie Pilze aus der Erde schossen, Mittelbetriebe verbrängten und gewaltige Kapitalien anhäuften. Internationalisiert und zentralisiert hat sich das Kapital, ist es da nicht auch eine geschichtliche Notwendigkeit, die Gewerkschaften ebenfalls auf straff zentralistischem Boden zu stellen? Die „Freiheit“, das Berliner Publikationsorgan der „Unabhängigen“, behauptet, daß sich in 12 Zentralverbänden 2 369 000 Organisierte befinden. Das bedeutet nach Ansicht dieses Blattes eine „Machtstellung der Gewerkschaftsbureaokratie“, die zu einem sichtbaren Schaden für die Arbeiterschaft geworden sein soll. „... Obwohl aus der Demokratie geboren“ — heißt es in dem angezogenen Artikel der „Freiheit“ weiter — „war die Machtstellung der Gewerkschaftsbureaokratie nahe daran, sich in eine Diktatur — nicht so sehr der Gewerkschaftsbeamten, sondern mehr des bureaukratischen Apparates umzuwandeln, der sich — oftmals gegen den Willen der in ihm wirkenden Menschen — nach eigenem inneren Geheiß bewegt.“ Ich bin der Letzte, der leugnen möchte, daß mit dem gesteigerten Verantwortlichkeitsgefühl eine größere Vorsicht Platz greift, die besonders bei größeren Aktionen — Streiks, Lohnbewegungen — dem Temperament vieler Mitglieder zuwider ist. Das ist an sich noch kein Bureaokratismus, wo tausende von Existenzen auf dem Spiel stehen, kann dem Drängen einiger Heißsporne ohne Prüfung der Kampfaussichten nicht immer so ohne weiteres stattgegeben werden. Wir müssen zurückkehren zur Sammlung aller gewerkschaftlichen Kräfte; die Ansicht einzelner, die Gewerkschaften wären seit der Revolution überflüssig geworden, weil das Rätesystem die Funktionen der Gewerkschaften besser auszuüben imstande ist, ist eine durchaus irrige. Das Rätesystem kann immer nur die Vorgänge innerhalb eines Betriebes beobachten und regeln; die Gewerkschaften aber sind verantwortlich für die gesamten Berufsangehörigen. Die strikt ablehnende Haltung des Vorsitzenden der General-Kommission, Genosse Regien, dem Rätesystem gegenüber, kann auch ich nicht billigen: die Revolution hat das Rätesystem geboren, und da die gewaltige Macht des Kapitalismus noch immer nicht gebrochen ist, muß das Rätesystem zu einer gesellschaftlichen Einrichtung verankert werden, die uns vor schrankenloser Auspöckerung durch das Kapital bewahrt und mit dem Verband gemeinsam uns unsere Rechte im Produktionsprozeß sichert. Unsere Stellung als Hilfsarbeiter muß uns klar vorgezeichnet sein: wir begrüßen das Rätesystem, weil es ein Übel sein soll, mit unserer Organisation unsere Lebenshaltung zu bessern, um die starken wirtschaftlichen und politischen Lasten nicht leiblich von Arbeiterschultern tragen zu lassen. Wie sehr die historische Mission der Gewerkschaften verkannt wird, zeigt so recht drastisch die Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands (K. P. D.) auf ihrer Tagung vom 30. und 31. Dezember 1918. Redakteur Ränge vom Handlungsgehilfenverband Berlin und Sekret-Chemnitz vom Bauarbeiterverband referierten dort über die Bedeutung der Gewerkschaften in unserer heutigen Zeit. Zwei An-

träge lagen vor, von denen der eine zum Austritt aus den Gewerkschaften aufforderte, während der andere die Mitgliedschaft einer Gewerkschaft mit der Zugehörigkeit zum Spartakusbund als unvereinbar erklärte. Im ersten Antrag heißt es:

„Die Tarifvertragspolitik... die Abwägung der Streiks und die systematische Unterbindung des sozialen Befreiungskampfes des Proletariats durch die Gewerkschaften, sowie die ablehnende, ja feindselige Haltung der Verbandsführer gegen die sofortige Zwangnahme der Sozialisierung der Produktionsmittel, sind in ihrer Wirkung staatsfeindlich und darum revolutionsfeindlich. Die Zugehörigkeit zu solchen Gewerkschaften ist deshalb unvereinbar mit den Zielen und Aufgaben der kommunistischen Partei Deutschlands.“

Dieser Bekennermut ehrt gewiß unsere Kommunisten, er zeigt uns aber auch, mit welchen Mitteln unsere Organisationen zertrümmert werden sollen. All die Ansumme von Kraft und geistigen Fähigkeiten, die in jahrzehntelanger harter Arbeit für den Aufbau unserer Organisation verwendet wurden, sind zunichte, wenn wir unsere rein gewerkschaftlichen Forderungen einer politischen Organisation übergeben wollen. Als Gewerkschaftler sind wir Klassenkämpfer, Träger der Revolution und des Fortschritts, diese Stellung müssen wir behalten, wollen wir nicht zu einer bemitleidenswerten politischen Sekte zusammenschrumpfen. An unsere Mitglieder ergeht daher der Ruf: Haltet fest, was ihr euch aufgebaut. Zertrümmerung unserer Organisation bedeutet Freiwill für den Kapitalisten, Rückfall in das Zünflertum; heute, wo die Revolution uns Arbeitern einen großen Teil der Macht — wirtschaftlicher und politischer Art — in die Hand gespielt, brauchen wir unsere Organisation nötiger denn je: unser Verband kann nur das sein, was wir Mitglieder aus ihm machen. Rüstet wir uns mit dem nötigen geistigen Wissen, aus, stählen wir unsern Geist und schließen wir fester unsere Reihen, damit die kommende Generation von uns sagen kann: wir waren würdig einer großen Zeit.

Das konstitutionelle Fabrikssystem.

Von Gertrud Lohahl, M. d. R.

S. A. K. Das Sozialisierungsproblem bildet jetzt eine der Fragen, die mit am meisten das öffentliche Interesse beanspruchen. Von der schärfsten Ablehnung bis zum wildesten Alles-sozialisieren-wollen durchläuft diese Frage alle Phasen der Diskussion, während die von der Reichsregierung eingeföhrte „Sozialisierungskommission“ sich ziemlich tatenlos verhält. Man tut gewiß gut, bei den Sozialisierungsbestrebungen die größte Vorsicht walten zu lassen und recht nüchtern alle Folgen bis in seine äußersten Konsequenzen durchzubedenken, um durch voreiliges oder unvorsichtiges Sozialisieren schließlich nicht mehr Schaden als Nutzen anzufügen. Daburch, daß eine Abordnung der Arbeiterschaft sich zum Direktor begibt, den Betrieb für sozialisiert erklärt und der Verwaltung recht energisch bedeutet, daß sie sich schlen-

nicht zu verzieren habe, ist wirklich noch keine Sozialisierung eingetreten; wenn auch dann noch so sehr gegen die Organisationsleiter, die das gewalttätige Ausgerente wieder einrenken müssen und deswegen in günstigen Fall verwässerte Sozialisten sind, gewütet wird. Als Sozialdemokrat vertritt man natürlich unbedingt den Standpunkt, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel die idealste Lösung der Arbeiterfrage ist, und strebt danach hin, daß dieses Ideal Wirklichkeit werde. Doch nicht jeder Betrieb, nicht jedes Gewerbe eignet sich in seiner heutigen Gestalt zur Uebernahme in Gemeineigentum. Wo wir sozialisieren, muß es so geschehen, daß die Arbeitsleistung der Betriebe vermehrt wird, ohne daß die Löhne besonders steigen: das heißt es ist eine derartig technische Vervollkommnung anzustreben, daß bei möglichst geringer Arbeitsleistung möglichst viel Arbeit erzeugt wird. Dann erst hat nicht allein die Arbeiterschaft, sondern die gesamte Bevölkerung den Nutzen von der Sozialisierung, und dann erst erfüllt sie ihren Zweck.

Gewerbe und Betriebe, bei denen diese Voraussetzungen nicht zutreffen, müssen von aller Sozialisierungsversuchen zunächst freibleiben, wenn nicht der Effekt eintreten soll, daß statt mehr und billiger, weniger und teurer produziert wird. Damit ist nun nicht gesagt, daß in diesen Werken alles beim alten bleiben soll. Wir müssen im Gegenteil alle Kräfte zu Verbesserungen verwenden und wir müssen versuchen, auf legalen Wege der Arbeiterschaft ein Mitbestimmungsrecht zu schaffen. Die Gewerkschaften haben ja schon immer nach diesem Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft gestrebt, bisher allerdings mit wenig Erfolg. Die in den meisten Betrieben vorhanden gewesenen Arbeiterauschüsse und auch die im Verfolg der Revolution entstandenen Arbeiterräte sind erst ein ganz winziger Anfang desjenigen, die fürs ganze Gewerbe geltenden Tarifverträge können schon eher als solche gelten. Nehmen sie doch nicht nur auf die direkten Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch auf das Lehrlingswesen und auf die Verkaufs- und Verarbeitungspreise Einfluß. Hier ist also der Weg gezeichnet, auf dem fortgeschritten werden muß zum konstitutionellen Fabrikssystem. Nach Gleichberechtigung der Arbeiterschaft, die zuerst einmal mit dem „Herrn-im-Hause“-Standpunkt des Besitzers aufräumt, muß gestrebt werden, die ihren Ausdruck findet durch Teilnahme an der Verwaltung von Vertretern aller Arbeiter- und Angestelltenengruppen. Dieser Ausschuß oder Rat, oder wie man ihn sonst nennen will, soll nicht nur wie bisher Fragen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Einstellungen und Entlassungen mit dem Inhaber oder Direktor besprechen, sondern soll auch beraten helfen, wenn der Betrieb vergrößert oder auf andere Arbeiten eingerichtet werden soll, wenn neue Maschinen aufgestellt oder sonstige Veränderungen geschaffen werden sollen. Diesem „Arbeiterministerium“ soll aber auch der Geschäftsbericht der Firma zur Kenntnis gebracht werden, damit es sich über die Ertragsfähigkeit des Betriebes unterrichten und mit Rat und Tat zur Verbesserung einreden kann, wenn der Erfolg nicht genügt, andererseits dafür sorgen, daß der Ueberfluß nicht dem Inhaber allein zugute kommt, sondern zur Erweiterung oder Vervollkommnung des Betriebes benützt wird und auch der Arbeiterschaft ein Teil des Gewinnes zugute kommt.

Für den Besitzer mag dieses System unbequem und vielleicht auch unangenehm sein, um so mehr, je stärker er vorher den „Herrn-im-Hause“-Standpunkt betont hat. Doch wird er sich im jetzigen demokratischen Zeitalter damit abzufinden haben. Die erwählten Ausschüßmitglieder dürfen ruhig durch Takt, Klugheit und Maßhalten dem „Chef des Hauses“ die neue Lage erleichtern, durch Verständigung profitieren schließlich beide Parteien, und die Arbeitervertreter lernen dadurch leichter die Verwaltungstechnik kennen, was ihnen später sehr gut zustatten kommen wird. Das Interesse der Arbeiter- und Angestelltenvertreter darf sich aber bei einer derartigen Mitverwaltung nicht auf augenblickliche Vorteile des Betriebspersonals beschränken, sondern muß nach einer vorbildlichen Vervollkommnung streben, denn nur dadurch kann der Betrieb sozialisierungsreif werden. Und wenn dann die Stunde geschlagen haben wird, in der der Vergesellschaftungsprozeß vor sich gehen kann, dann sind gerade durch die „Betriebsminister“ des Per-

sonals die Garantien gegeben, daß kein Fehlschlag eintreten, sondern die Umwandlung wirklich zum Nutzen der Allgemeinheit ausfallen wird. Deshalb größte Vorsicht bei allen Sozialisierungsbestrebungen, aber energische und zielbewußte Vorarbeit dazu durch das konstitutionelle Fabrikssystem.

Korrespondenzen.

Ansbach. Eine vollzählig besuchte Mitglieder-versammlung tagte am 15. März. Ehren gedachte die Mitgliedschaft unserer verstorbenen Führerin, deren Verdienste in die Organisation der erstlichenen Gauleiter schilberte. Ueber den Stand unserer Tarifbewegung berichtete ebenfalls Redner. Bei Schaffung eines allgemeinen Tarifvertrages oder Zentraltarifses müsse Ansbach ebenfalls mit erfaßt werden. Er ermahnte die Mitglieder, auch die wenigen noch abseits stehenden Kollegen für uns zu gewinnen, damit eine lückenlose Organisation vorhanden ist. Nicht daran zu denken sei, jetzt schon die Löhne abzubauen, sondern es müsse zunächst der Anfang gemacht werden mit den Lebensmittelpreisen, dazu seien im graphischen Gewerbe und in besonderen für die Hilfsarbeiterschaft keine Kriegslöhne zu vergleichen. Für den Arbeiterauschluß der Firma Bügel wurden zwei Mitglieder gewählt, desgleichen zwei Delegierte für das Gewerkschaftsstartell, über dessen Bedeutung der Vorsitzende des Kartells, Genosse Wormdobler, referierte. Nachdem noch zwei Kollegen ihren Beitritt erklärt hatten, schloß Kollegin Hagermeier mit dem Wunsch, auch fernerhin die Mitgliederversammlungen so zahlreich zu besuchen.

Bielefeld. Versammlung am 19. März. Nachdem der Vertrag mit der Firma Gundlach abgeschlossen war, fand diese Versammlung statt, um auch in den andern Betrieben die Zulagen durchzuführen. Es waren daher von zehn Betrieben die Kolleginnen und Kollegen erschienen, um die Ausführungen des Kollegen Sparfuß zu hören. Obwiewohl festgestellt wurde, daß einige Betriebe die Zulagen bezahlen, so waren doch noch einige dabei, die nicht nur die Zulagen nicht bezahlen, sondern wo noch solche schlechte Lohnverhältnisse herrschen, daß auch hier mal gründlich aufgeräumt werden muß. So z. B. sind in der Firma F. Dopy noch Löhne anzutreffen, die täglich kaum eine Mark betragen, auch müssen hier die Mädchen einige Stunden länger als acht Stunden arbeiten, wofür sie keine Bezahlung bekommen. Die Ausführungen des Kollegen Sparfuß fielen auf fruchtbaren Boden und der Erfolg war, daß über 70 Aufnahmen verzeichnet werden konnten. Beschlossen wurde, daß Kollege Just mit dem Dhwann bei der Firma Dopy vorstellig wird und zu gleicher Zeit die Feuerungszulage vom 1. Januar 1919 ab für das Buchdruckerpersonal gefordert wird, während für alle übrigen vom heutigen Tage dieselben Zulagen bezahlt werden sollen. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Sparfuß, der die Neugekommenen ermahnte, nun aber auch fest zusammenzutreten und dem Verbands die Treue zu bewahren, damit das Erzeugnis auch gehalten und neue Erfolge erreicht werden können, schloß Kollege Just die sehr gut besuchte Versammlung.

Breslau. In einer am 12. März abgehaltenen, gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte Kollege Reinhold über die Frage: „Was haben die Breslauer Buchdruckerarbeiter zu tun, um einer heftigsten Lohnverknüpfung zu begegnen?“ Der Redner machte zunächst auf den Verzicht der Prinzipale aufmerksam, bei der im Februar stattgefundenen Tarifausführung die vom Demobilisationsamt angeordneten Feuerungszulagen außer Kraft zu setzen resp. bedeutend zu reduzieren. Der Versuch ist gescheitert und es müssen die Feuerungszulagen in den Tarifarten bis 31. August bezahlt werden. Da aber Breslau nicht Tarifort ist, besteht die Gefahr, daß die Prinzipale nach dem 31. März Lohnverknüpfungen vornehmen werden, nachdem jetzt schon ein Teil von ihnen nicht einmal den gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt. Die Schuld daran tragen allerdings in erster Linie jene Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich bis jetzt von der Organisation fernhalten. Auf dieselbe Ursache ist auch die Tatsache zurückzuführen, daß am Orte noch Löhne von 36 bis 45 Mk. für männliche und 20 bis 30 Mk. für weibliche Hilfsarbeiter, ja sogar noch darunter existieren. Redner besprach dann eingehend die Feuerungsverhältnisse, die eine Besserung in absehbarer Zeit nicht erwarten lassen. Es ist eher mit einer weiteren Steigerung der Lebensmittelpreise zu rechnen. Das muß die Kollegenchaft veranlassen, alles zu tun, um ein Sinken der Löhne abzuwehren und kräftig für die Verbesserung der Verhältnisse zu sorgen. Das ist aber einzig und allein möglich, wenn die Gesamtheit sich dem

Verbands anschließt, und den Prinzipalen bei den kommenden Verhandlungen als starke, geschlossene Masse gegenüber steht. In der darauf folgenden Diskussion nahmen auch die anwesenden Gehilfenvertreter Fiedler und Riefisch das Wort, um die Ausführungen des Referenten kräftig zu unterstützen. Die organisierten Buchdrucker werden das Hilfspersonal in dem Bestreben, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, mit Rat und Tat unterstützen, wenn die Hilfsarbeiterschaft auch ihren gewerkschaftlichen Verpflichtungen nachkommt. Wer nicht fäet, braucht auch nicht ernten und wer keinen Beitrag an die Organisation entrichtet, muß mit den schlechten Verhältnissen, unter denen er leidet, zufrieden sein. Die Kollegen Döring und Wend schilberten die miserablen Zustände in manchen Druckereien und ermahnten die Anwesenden, den Bestrebungen der Organisation mehr wie bisher Interesse entgegen zu bringen. Die Versammlung sollte allen Rednern reichen Beifall und bewies durch zahlreiche Beitrittserklärungen, daß die gemachten Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Zum Schluß fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die heute in den Annsfälen versammelte Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten und der anderen Redner voll und ganz einverstanden. Sie verkennen durchaus nicht die Gefahr, welche ihrer so mühsam errungenen, teils ererbten Feuerungszulagen droht. Sie verkennen nicht, daß solche Zustände nur durch die Interesslosigkeit der im Beruf Beschäftigten abgegrenzt werden könnten. Sie verpflichten sich daher, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für den schleunigen Ausbau der Organisation tätig zu sein, um die bisher erreichten Feuerungszulagen nicht nur zu erhalten, sondern auch die zurückgehaltenen Zulagen nachfordern zu können. Dies zu erreichen hängt aber von der Einigkeit und Geschlossenheit der Hilfsarbeiterschaft ab. Die Versammlungsleiter und die Redner haben uns den Weg, auf welchem sich unsere gerechten Forderungen erfüllen können, gezeigt und wer einen anderen Weg geht, der verdient kein besseres Los. Ferner ermahnen wir die neugewählte sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion, uns in unserem Kampfe insofern zu unterstützen, indem sie eventuelle Druckaufträge nur solchen Firmen vergibt, welche ihren Pflichten der Hilfsarbeiterschaft gegenüber voll und ganz nachkommen. Die Hefeln sind gesprengt. Die Bahn ist frei. Organisiert Euch!“

Dresden. Am 16. März wurde eine Versammlung der in den Dresdener Zeitungsbetrieben beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen abgehalten, in der Kollege Herrmann über die Entlohnung des Hilfspersonal der Zeitungsbetriebe sprach. Vollzählig waren die Kollegen sämtlichen Druckereien erschienen. Auch die Nachtarbeiter hatten einmal den Schlaf geopfert, um gegen ihre niedrigen Löhne zu protestieren. Der Buchdrucker- und der Transportarbeiter-Verband hatten Vertreter entsandt. Die Versammlung stellte fest, daß die Löhne in keiner Weise den jetzigen Feuerungsverhältnissen entsprechen. Schuld daran tragen die Kollegen selbst durch ihre jahrelange Interesslosigkeit. Sie sind es, auf deren Kosten die Druckereibesitzer ihre fetten Gewinne eingestrichen haben. Wo nun die mißlichen Verhältnisse die Kollegen zur Organisation geführt haben, muß freilich ein großer Sprung getan werden, um auch die elendesten Löhne auf eine gleichmäßige Stufe mit besser zahlenden Betrieben zu heben. Der Abonnementspreis ist um 100 Proz., der Anzeigenpreis um 250 Proz. gestiegen. Während nun die Lebensmittelpreise um 200 Proz. gestiegen sind, haben die Druckereibesitzer die Löhne des Hilfspersonal nur um wenige Mark erhöht. Sie reichen nicht aus, um das Allernotwendigste zu kaufen. Braucht doch beispielsweise eine vierköpfige Familie 40 Mk., nur um die rationierten Lebensmittel zu kaufen. Dabei ist es offenes Geheimnis, daß diese nicht ausreichen, um den Hunger zu stillen. Es müssen aber auch Wohnung, Kleidung, Steuern und noch viele andere Ausgaben bestritten werden, von Ausgaben für Bildungsbestrebungen gar nicht zu reden. Deshalb muß man auch Löhne von 40 Mk., wie sie die Dresdener Nachrichten für Notationsarbeiter zahlen, als vollständig unzureichend bezeichnen. Hier muß schon tief in den Beutel gegriffen werden. Die dortige Kollegenchaft arbeitet des Nachts acht Stunden: um nun ein einigermaßen erträgliches Einkommen zu haben, müssen sich die Kollegen noch am Tage einige Stunden beschäftigen, um Botengänge und andere Hilfsarbeiten zu verrichten. Salva ein Kollege, der sich nun Tag und Nacht abgemüht hat, geht dann am Zahltag mit 48 bis 50 Mk. nach Hause. Stundenlöhne von 45 Pf. und für Ueberstunden von 65 Pf. ohne jedweden Zuschlag werden

dort noch gezahlt. Die Kollegenschaft dieses Betriebes ist auch nie für Organisationsfragen zu haben gewesen, deshalb sind erbärmliche Löhne. Die Lohnhöhe der einzelnen Betriebe ist auch gleichsam der Maßstab für die Organisationszugehörigkeit der Beschäftigten, wie eine Gegenüberstellung der Löhne beweisen wird. Etwas besser, aber immer noch sehr schlecht, zahlt der Dresdener Anzeiger. Dort tritt sogar der Fall ein, daß verschiedene Frauen höhere Löhne haben als kräftige Männer von 32 Jahren. Auch die neuesten Nachrichten müssen noch etwas zulegen, was dort jedenfalls nicht schwer fallen wird. Am besten bezahlt die Dresdener Volkszeitung; sie ist auch in dieser Beziehung vorbildlich. Die Gegenüberstellung der Löhne in den verschiedenen Druckereien ergibt folgendes Bild: Dresdener Nachrichten: Notationsarbeiter 40-45 Mk., Saalarbeiter 32-41 Mk., Arbeiterinnen 34-36 Mk.; Dresdener Anzeiger: Notationsarbeiter bei Nacht 46-58 Mk., am Tage 40-53 Mk., Saalarbeiter 33-57 Mk., Arbeiterinnen 33-43 Mk.; Neueste Nachrichten: Notationsarbeiter verheiratet 59-65 Mk., ledig 42-52 Mk., Saalarbeiter 50-62 Mk., Arbeiterinnen 27 bis 33 Mk.; Volkszeitung: Notationsarbeiter 70 bis 75 Mk., Saalarbeiter 63-74 Mk., Arbeiterinnen 37-46 Mk. Es ist nicht angängig, daß für die gleiche Arbeit ein so gewaltiger Lohnunterschied besteht, z. B. bei Notations- und Saalarbeitern von 30-33 Mk. und bei Arbeiterinnen von über 100 Mk. Was hier die Volkszeitung mit ihren geringeren Einnahmen leisten kann, sie hat 6 Seiten Inserate, während die anderen Zeitungen bis 20 Seiten haben, müssen die bürgerlichen Zeitungen mit ihren großen Einnahmen erst recht können. In anderen Städten sind die Löhne bereits bedeutend höher; sie betragen in Berlin 80-90 Mk., in München 75-80 Mk., in Leipzig 75 Mk. und in Nürnberg 70 Mk. Da sich der Deutsche Buchdruckerverein bereit erklärt hat, mit dem Hilfspersonal in Tarifverhandlungen einzutreten, so ist es an der Zeit, die niedrigen Löhne auf eine auskömmliche Höhe zu bringen. Es ist ja auch der Wunsch verschiedener Unternehmer, diese ungleichen Löhne aus der Welt zu schaffen, um die Schmutzkonkurrenz etwas einzudämmen. Deshalb sollen auch die Lohnforderungen allen Firmen zugleich zugehen. Ferner muß die Anerkennung unseres Arbeitsnachweises verlangt werden. Auch die Ferienfrage bedarf einer besonderen Regelung. Eine Lohnkommission wurde einstimmig gewählt und beauftragt, die nötigen Schritte sofort einzuleiten. Von den Buchdruckern wurde die weitgehendste Unterstützung zugesichert. Weiter nahm die Versammlung Kenntnis von den Lohnforderungen der Bader des Dresdener Anzeigers, die sich dem Transportarbeiterverband angeschlossen haben. Der anwesende Vertreter des Transportarbeiterverbandes verttrat die Ansicht, daß die Bader (Schmürer) im Zeitungsgewerbe überhaupt nicht in den Hilfsarbeiterverband gehören, sondern daß einzig und allein der Transportarbeiterverband für sie zuständig sei. Durch das Anstreben des Kollegen Herrmann wurde die Austragung dieser Grenzfreiheiten in der gegenwärtigen Situation vermieden. Es wäre jedoch wünschenswert, wenn durch die beiderseitigen Zentralinstanzen über diese Frage eine Klärung herbeigeführt würde. Die Aussprache über sämtliche Fragen war eine sehr lebhaft, doch wurde der Wunsch ausgesprochen, daß es möglich sein möge, die Lohnverhältnisse in Gütigkeit zu regeln. Die Versammelten verpflichteten sich, fest und geschlossen hinter den Beschlüssen der Kommission zu stehen und diese bis zum vollen Erfolge durchzuführen, denn auch das Hilfspersonal hat einen Anspruch auf menschenwürdige Existenzbedingungen.

Anmerkung der Redaktion: Durch die von dem Vertreter des Transportarbeiterverbandes in jener Versammlung zum Ausdruck gebrachte Anschauung, daß die „Schmürer“, oder wie sie an manchen Orten genannt werden, die „Bader“, im Zeitungsbetriebe in den Organisationsbereich des Transportarbeiterverbandes gehören, ist u. E. noch keine Grenzfreiheit entstanden. Die Frage liegt also für jeden Berufsangehörigen so klar, daß sie irgend einer weiteren Klärung durch die Zentralinstanzen nicht bedarf. Die Schmürer sind ein Teil der auch in den bestehenden Tarifen als Gruppe geführten „Faszer“ bzw. „Einkleider im Zeitungsbetriebe“ und gehören demnach von jeher zu den Buchdrucker-Hilfsarbeitern.

Duisburg. Die öffentliche Versammlung der Duisburger Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter, welche am Sonntag, den 16. März, bei Mendel tagte, hatte einen besseren Besuch aufzuweisen können. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Verbandsvorsitzenden Paula Thiede, Berlin, durch Erheben von den Plätzen geehrt. Der Gauleiter, Kollege Lippmann,

referierte über: „Die Notwendigkeit der Organisation und welche Vorteile haben die Arbeiter durch diese zu erwarten?“ Es wurden eine Anzahl Neuaufnahmen gemacht, worunter sich auch Zeitungsböten befanden. Teuerungszulagen werden noch immer nicht von allen Firmen gezahlt. Unter Punkt 2, Berichterstattung über Buchdruckerbetriebe, wurde die Firma Steinkamp, lithographische Anstalt, Springwall 4, erwähnt. Auch die Lohnverhältnisse sind bei dieser Firma wohl am schlechtesten. Herr Steinkamp scheint eine gewisse Besorgnis wegen der Versammlung gehabt zu haben, da er die ihm übergebenen Bekanntmachungszettel einfach nicht zur Verteilung brachte. Die Botin, welche unglücklicherweise die Zettel an Herrn Steinkamp persönlich abgab, mag wohl aus Unkenntnis gehandelt haben. Trotzdem war gerade das Hilfspersonal dieses Betriebes am stärksten vertreten. Vom „Echo vom Niederrhein“ gingen auch Klagen ein. Auch dort wird die Teuerungszulage nicht voll bezahlt. Die Firmen sind verpflichtet, ab 1. Januar 1919 jedem männlichen Arbeiter pro Woche 8 Mk. und jeder Arbeiterin 6 Mk. Teuerungszulage zu zahlen. Wenn das genannte Unternehmen nicht sofort nachholen, wird sie der Gauleiter zur Anzeige bringen. Ganz unverständlich ist, daß Herr Hamm, Notationsmaschinenmeister der „Rhein- und Ruhrzeitung“, Duisburg, die Hilfsarbeiter vom Versammlungsbesuch abzuhalten versuchte. Herr Hamm ist selbst organisierter Arbeiter. Am Sonntag, den 6. April, nachmittags 4 Uhr, findet wiederum eine öffentliche Versammlung bei Mendel statt. Es ist nun Aufgabe sämtlicher Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, sich dem Verband anzuschließen. Herr Hamm ist hierdurch besonders dazu eingeladen.

Hannover. Am Freitag, den 21. März, hatte sich die Kollegenschaft zahlreich im Gewerkschaftshaus eingefunden, um Stellung zu der geplanten Arbeitszeitverkürzung zu nehmen. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Sparkuhl unserer leider viel zu früh von uns gegangenen Hauptvorsitzenden Paula Thiede einen warm empfundenen Nachruf. Die Versammlung erhob sich von den Plätzen und erwies so unserer tapferen Vorkämpferin die letzte Ehre. Auch das Andenken der hier am Orte verstorbenen Kollegin Johnson wurde in gleicher Weise geehrt. Unter Punkt 1 referierte Kollege Wambacher über: Die geplante Arbeitszeitverkürzung. Er führte aus, daß die Verhandlungen, die Kollege Sparkuhl und je ein Vertreter der Steinbrucker und Buchbinder mit den Prinzipalen gehabt haben, auch diesmal wieder das selbe Ergebnis zeitigten, nämlich, die Prinzipale versuchen, die Kosten der Arbeiterschaft und der Stadt aufzuwälzen. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden. Zwar gestanden die Prinzipale zu, den über 21 Jahre alten Arbeitern und Arbeiterinnen 50 Prozent zu vergütten und den Rest soll die Erwerbslosenfürsorge tragen, dadurch würden diese keinen Lohnausfall haben, aber bei den jüngeren Kolleginnen und Kollegen würde ein Ausfall von 25 bis 50 Prozent eintreten. In der Debatte wurde scharfe Kritik an dem Verhalten der Arbeitgeber geübt, die in der Kriegszeit Gewinn auf Gewinn gehäuft haben und nun, da der Geschäftsgang etwas flau sei, versuchen, sich an den Arbeitern schadlos zu halten. Die Aussprache zeitigte das Ergebnis, daß erst einmal die beiden nächsten Lohnzahlungen abgewartet werden sollen, um zu sehen, wie die Rechnung der Prinzipale stimmt. Folgende Entscheidung wurde eingebracht: „Die am 21. März 1919 im Gewerkschaftshaus versammelten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von den Verhandlungen mit den Prinzipalen; sie lehnen es entschieden ab, eine Einbuße an Lohn durch die Arbeitszeitverkürzung zu erleiden und behalten sich vor, falls Abzüge gemacht werden, in Kürze mit Lohnforderungen hervorzutreten, da der bisherige Lohn gegenüber demjenigen in anderen Gewerben noch weit zurücksteht und jetzt schon kaum zum Leben ansreicht.“

Die Versammlung zeitigte wieder eine Reihe von Aufnahmen. Das Verhalten der Prinzipale bewirkt, daß auch der letzte Rest der unorganisierten Kollegenschaft den Weg zum Verbandsamt findet.

Herford. Die am 18. März hier stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen war überaus stark besucht. Der Gauleiter, Kollege Sparkuhl-Hannover, referierte und fand mit seinen Ausführungen den Beifall aller Anwesenden. An Hand von Beispielen legte Redner dar, daß überall dort, wo keine Organisationen beständen, die schlechtesten Lohnbedingungen herrschen. Auch in Herford hat es die Kollegenschaft recht notwendig, für die Schaffung einer kräftigen Organisation zu sorgen, wenn sie ihre Lage verbessern will. Das wichtigste sei jetzt die Durchführung der Teuerungszulagen, die in Herford 7,50 Mk. für männliche

und 5,50 Mk. für weibliche Hilfsarbeiter betragen. Nach diesen Ausführungen erklärten alle Anwesenden sofort ihren Beitritt zum Verband, worauf gleich die Wahl von Vertrauensleuten für sämtliche Betriebe vorgenommen wurde. In den Vorständen der Zahlstelle wurden gewählt: Kollege Wilhelm Obermann als Vorsitzender, Kollege Friedrich Saal als Kassierer und Kollege Gottlieb König als Schriftführer. Außerdem drei Beisitzer. Nachdem sich auch ein Mitglied des Buchdruckerverbandes bereit erklärte, die junge Verwaltung tatkräftig zu unterstützen, fand die erfolgreiche Versammlung mit dem Ergebnis von 200 Aufnahmen ihren Abschluß.

München. Mit einem tiefempfindlichen Nachruf für unsere allzusehr verstorbenen Hauptvorsitzende Kollegin Paula Thiede, deren Andenken die Mitglieder durch Erheben von den Sitzen ehrten, eröffnete unser Vorsitzender, Kollege Schmid, im überfüllten Saale der Koloßsaalbierhallen am 19. März die 18. Jahresgeneralversammlung. Das mit gewohnter Gründlichkeit verfaßte Protokoll der letzten Versammlung brachte Kollege Vergler zur Verlesung. Der von der Kassiererin Luise Burkert erstattete Kassenbericht zeigte ein wesentlich günstigeres Bild, als der des Jahres vorher. Wenn auch die ausgedehnten Unterstüßungen, insbesondere für Krankheit, weit höher wie im Vorjahre waren, so hat doch die Vermehrung der Mitglieder um 300 und die vorgenommene Beitragsregelung im Jahre 1918 die Einnahmen derart günstig gestaltet, daß sie von 22.896 Mk. im Jahre 1917 auf 36.765 Mk. im Jahre 1918 gestiegen sind. An die Hauptkassierin wurden gegen 21.543 Mk. gegenüber 10.250 Mk. im Jahre 1917. Der Bestand der Kassaerhöhung sich im abgelaufenen Geschäftsjahre von 37.500 Mk. auf 6658 Mk. Die Revisoren bestätigten, Bücher und Kasse stets in bester Ordnung gefunden zu haben, worauf der Kassierer einstimmig Entlastung erteilt wurde. In einem einstündigen Bericht führte dann der Vorsitzende den Anwesenden die Tätigkeit der Verwaltung und der Angestellten vor Augen, die im Interesse der Zahlstelle und des Verbandes geleistet werden mußte und für München allein 212 Sitzungen und Versammlungen bedingte. Daß diese Tätigkeit nicht ohne Erfolg war, haben die Mitglieder in ihren materiellen Besserstellungen erleben. Auch die Tätigkeit im Gau war erfolgreich, wenn auch mit vieler Mühe und Arbeit verbunden. Vor Eintritt in den vierten Punkt der Tagesordnung: „Neuwahl der bisherigen Gesamtverwaltung“ eruchte der Vorsitzende der Wahlkommission, Kollege Hägel, der Verwaltung Decharge zu erteilen, was einstimmig erfolgte. Vor dem Wahlaufnahm nahm dann Kollege Albert Schmid nochmals das Wort, um die Mitglieder dringend aufzufordern, falls sie das Bedürfnis hätten, den Wünschen der Treiber und Heher gegen die Gewerkschaften und gegen die Führer derselben Rechnung zu tragen, sie sich durch nichts bei der Neuwahl beeinflussen lassen sollten, an Stelle der alten Verwaltung neue Kräfte zu setzen. Wir leben nicht an unseren Posten und es stehen uns die Hände noch nicht nach hinten, um auch anderwärts arbeiten zu können, ohne Vertrauen der Mitglieder sei fruchtbringende Arbeit nicht denkbar, deshalb mögen die Mitglieder bestimmen, wie sie es in ihrem Interesse halten wollen, so schloß der Vorsitzende. Einstimmig, mit stürmischem Beifall, wurde sodann Kollege Schmid wiederum als erster Vorsitzender und alle bisherigen Verwaltungsmitglieder wieder gewählt. An Stelle des in einen anderen Beruf übergetretenen Kollegen Reumier wurde Kollege Hans Bauer als zweiter Vorsitzender und für den aus der Verwaltung ausgeschiedenen Kollegen Mäkel die Kollegin Agathe Schmid gewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wählte die Versammlung die Kollegen Adolf Gerkmeyer und Josef Woller, sowie die Kollegin Agathe Schmid. Kollege Franz Hörmann gab sodann aus dem Kriegswucherausschuss, dem er zugehört ist, interessante Einzelheiten über Schleichhandel-Beschlagnahme bekannt, doch fand er es für verwunderlich, daß niemand wisse, wo die beschlagnahmten Waren verbleiben. Er versprach seine ganze Kraft einzusetzen, daß das werktätige Volk auch wirklich in den Besitz der ihnen zukommenden Lebensmittel gelange. Nach einer eingehenden Aussprache beschloß die Versammlung noch, eine etwa geplante Verkürzung der bisherigen Teuerungszulagen mit der Forderung einer neuen, den Teuerungszulagen entsprechenden Lohnzulage und die von den Buchdruckerunternehmern in Aussicht gestellte Verlängerung der Arbeitszeit von 47½ auf 48 Stunden, mit der Forderung auf Einführung der 46 stündigen Arbeitszeit zu beantworten. Die Verwaltung wurde beauftragt, diese Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten, was um desto leichter sei, da die Kollegenschaft vollständig solidarisch hinter ihr stehe und Streikbrecher nicht mehr zu fürchten seien. Nach Erledigung verschiedener Ortsangelegenheiten schloß der

Vorsitzende mit einem stürmisch aufgenommenen
Noch auf den Verband die wirklich eindrucksvoll
verlaufene Versammlung.

Stendal. Zeit dem 9. Februar besteht auch
hier eine Ortsgruppe unseres Verbandes, nachdem
ein Teil der Kollegenchaft erkannt hat, daß nur
durch den Anschluß an den Verband eine Besserung
der herrschenden Lohn- und Arbeitsbedingungen
erzielt werden kann. Als Vorsitzende wurde die
Kollegin Klara Buchholz gewählt. Hoffentlich
erreich die junge Mitgliedschaft bald jene Stärke,
die sie in den Stand setzt, ihren heilsamen Einfluß auf
die Gestaltung der künftigen Lebenshaltung der
hiesigen Hilfsarbeiterschaft ausüben zu können.

Rundschau.

**Eine erfolgreiche Lohnbewegung in den
Zeitungsbetrieben Magdeburgs.** Das Hilfsarbeiter-
verband in drei Magdeburger Zeitungsbetrieben
legte in die abgelehnten Lohnforderungen am
27. März die Arbeit nieder. Die dem Vorgehen
schlossen sich am 28. März auch die übrigen tech-
nischen Angestellten und Arbeiter dieser Betriebe
an, wodurch das Erscheinen sämtlicher Blätter,
mit Ausnahme der „Magdeburger Volksstimme“, ver-
hindert wurde. Nach vierstägigem Ausstand sind
sämtliche Forderungen der Ausständigen von den
Unternehmern bewilligt worden, worauf die Arbeit
wieder in vollem Umfange aufgenommen wurde.
Ein ausführlicher Bericht über diese Bewegung
ist uns für die nächste Nummer in Aussicht gestellt.

Zur Nachahmung empfohlen. Die organi-
sierten Hilfsarbeiter der Firma Erich Spandel in
Nürnberg hatten das Ergehen gestellt, den vom
Selbst zurückgekehrten Kollegen eine einmalige
Teuerungszulage zu gewähren mit dem Erfolge,
daß allen schon vor Kriegsbeginn bei der
Firma beschäftigten Kollegen eine einmalige Zu-
lage von 250 Mk. gewährt wurde. Außerdem sind
durch Verhandlungen der Betriebsausschüsse mit
der Firma folgende Vereinbarungen getroffen:
Jeder Angestellte des Geschäftsbereichs erhält einen jähr-
lichen Urlaub. Bei einer Tätigkeit von 1 bis 2
Jahren wird eine Woche, von 2 bis 5 Jahren zwei
Wochen, von 5 bis 10 Jahren drei Wochen und alle
über 10 Jahre bei der Firma tätigen erhalten vier
Wochen Urlaub. Neben dem weiter gezahlten Lohn
bezw. Gehalt erhalten Verheiratete pro Tag 10 Mk.
und Ledige 5 Mk. Urlaubsgeld. Die Halbtags-
arbeiterinnen (Trägerinnen) sowie die unserer Or-
ganisation angehörenden Halberinnen erhalten die
Hälfte des für den Tag angelegten Urlaubsgeldes.

**Änderung der Verordnung über Erwerbs-
losenfürsorge.** Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht
unter dem 17. März 1919 eine Verordnung, die die
Erwerbslosenfürsorge-Verordnung vom 13. No-
vember 1918 in einigen wichtigen Punkten aber-
mals abändert. Danach sind in § 1 die Verwal-
tungskosten zum Gesamtaufwand für Erwerbslosen-
fürsorge hinzuzurechnen. In § 5 werden die
Worte „während des Krieges“ ersetzt durch „seit
dem 1. August 1914“. In einem neuen § 5a wird
bestimmt, daß die Wohngemeinde verpflichtet ist,
den auf die Aufenthaltsgemeinde entfallenden An-
teil des Vorzuschusses auf Unterstützung zu erstatten.
Die Anteile des Reiches und der Bundesstaaten
werden in der Aufenthaltsgemeinde verrechnet. In
§ 6a wird festgelegt, daß auch ein Teilbetrag der
Unterstützung zu gewähren ist, wenn dadurch eine
bedürftige Lage behoben werden kann. Als er-
werbsunfähig soll angesehen werden, wer wegen
einer 2/3 Proz. übersteigenden Beeinträchtigung
der Erwerbsunfähigkeit Rente bezahlt erhält, sofern
er nicht trotz dieser Beeinträchtigung auf Grund
wirklicher Arbeitsleistung mindestens 1/2 des Orts-
lohnes verdient. § 8 wird dahin geändert, daß so-
wohl den Erwerbslosen als auch den im Haushalt
desselben lebenden Familienangehörigen, die zwecks
Weiterführung des Haushalts mitreisen, freie
Reise nach Hause in den Bestimmungsort nebst
einer angemessenen Beihilfe zu den Reisekosten von
der Gemeinde des letzten Wohnortes aus den
Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen ist.
Auch kann diese Gemeinde eine Beihilfe zu den
Kosten der Beförderung des Umzugs zum neuen
Wohnort, die die Kosten der Wohnbeförderung nicht
übersteigen soll. § 8a bestimmt: Als Wohnort ist
der Ort anzusehen, in dem sich eine Person nicht
bloß vorübergehend aufhält, sondern mit der Ab-
sicht längerer oder dauernder Verbleibens wohnt.
Dem § 9 wird hinzugefügt: Wo für einzelne Orte
die vorgeschriebenen Höchstätze in einem Missver-
hältnis zu den Kosten der Lebenshaltung steht,
können durch Bestimmung der Landeszentral-
behörden diese Höchstätze bis zum 1/2 fachen Orts-
lohn, jedoch nicht über die Höchstätze der Klasse A

hinaus erhöht werden. Diese Verordnung ist am
14. März 1919 in Kraft getreten.

Zahl der Erwerbslosen in Groß-Berlin. Am
11. März wurden in Groß-Berlin 275 035 Er-
werbslose gezählt. Davon entfielen auf Berlin
185 420, Charlottenburg 15 074, Neukölln 28 203,
Schöneberg 5125, Lichterberg 11 072, Wilmersdorf
3729, Steglitz 3181, Pantow 2825, Bichterfelde 407,
Weißensee 211, Friedenau 1771, Reinickendorf
2443, Treptow 185, Tempelhof 750, Oberschö-
neweide 1348, Friedrichsfelde 1566, Mariendorf 679,
Tegel 596, Niederschönhausen-Schönholz 1241, Britz
913, Lankwitz 192, Wittenau 600, Schmörgendorf
172 und Niederschönneweide 666. Am 8. März be-
trug die von der Stadt Berlin seither gezahlte Er-
werbslosenunterstützung 61 107 215 Mk.

**Tarifausschluß der Chemigraphen und Kupfer-
drucker.** Eine erweiterte Tarifausschlußtagung
für das Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe
tagte in Berlin. Sie hatte zunächst die Aufgabe, den
Beschlüssen des Tarifamtes vom 27. Dezember 1918,
gegen den die Unternehmer in gleicher Weise wie
im Buchdruckgewerbe Sturm liefen, sicherzustellen.
Durch eine Erklärung der Unternehmer wurde der
Beschlüsse anerkannt. Ueber den neuen rechtlichen
Aufbau des Tarifes nach den geltenden Bestim-
mungen des Tarifgesetzes wurde allgemein der
Wunsch geäußert, durch Antrag an das Reichswirt-
schaftsamt die gesetzliche Anerkennung des Tarifes
herbeizuführen. Bei der Durchführung der Preis-
und Lieferungsbedingungen müsse aber eine Ge-
winnung des Gewerbes gesucht werden. Doch soll
durch Kommissionsberatung dem endgültigen Be-
schlüssen einer später einzuberufenden neuen Tarif-
ausschlußtagung eine gesicherte Grundlage gegeben
werden. Der Antrag der Gewerkschaften, die Arbeitszeit
durch Freigabe des Sonnabendnachmittags zu ver-
kürzen, wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.
Dagegen fand der Antrag auf allgemeine tarifliche
Anerkennung der Ferien Zustimmung. Dem
Tarifamt wurde aufgegeben, die Ferien für das
Jahr 1919 folgendermaßen zu regeln: nach ein-
jähriger Tätigkeit 4 Tage, nach dreijähriger Tätig-
keit 6 Tage, nach fünfjähriger Tätigkeit 9 Tage,
nach achtjähriger Tätigkeit 12 Tage. Bei Berech-
nung der Ferien ist die Zeit der Einziehung zum
Heeresdienst nicht als Unterbrechung des Arbeits-
verhältnisses anzusehen. Bestehende günstigere
Ferienbedingungen bleiben durch diese Beschlüsse
unberührt. Gleichzeitig wurde der Antrag der Ge-
werkschaften auf neue Teuerungszulage durch folgenden
einstimmigen Beschluß angenommen: Zu den am
3. Januar 1919 erstmalig zur Auszahlung ge-
langten Teuerungszulagen von 19,50 Mk. bis zu
60 Mk. Wochenlohn und 17,50 Mk. bei über 60 Mk.
Wochenlohn tritt unter Beibehaltung der monat-
lichen Teuerungszulage und Kinderzulage ab 1. April
1919 bis 31. August 1919 ein weiterer Zuschlag
von wöchentlich 3 Mk. Die Anträge über Neuregel-
ung der Funktionen der Vertrauensleute, Beseitigung
der Spartenminimallohne und Neuregelung
des Lehrlingswesens wurden besonderen Kom-
missionen zur Vorberatung überwiesen.

**Die Friedensverhandlungen und die Gewerk-
schaftsvertreter.** Als Sachverständige zu den
Friedensverhandlungen hat die deutsche Regierung
den Vorsitzenden der Generalkommission der Ge-
werkschaften, Legien, den Generalsekretär der
deutschen Gewerkschaften, Hartmann, und den
Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften,
Stegerwald, ernannt.

Mehr Schutz den proletarischen Mädchen! Die
Arbeit der Jugendlichen muß dem jugendlichen
Alter und dem unentwickelten Körperzustande ent-
sprechen. Besonders schädlich wirkt die Heberarbeit
ein auf die arbeitenden jungen Mädchen. Sie ruft
Müdigkeit und Magenkrankungen hervor.
Magenbeschwerden z. B., die unter den arbeitenden
Bevölkerungsschichten viel häufiger sind, als in den
anderen, erreichen unter den proletarischen
Mädchen eine erschreckende Ausdehnung. Die
Leipziger Krankenlisten-Statistik liefert uns hier-
für schlagende Beweise. Ebenso bringt die Arbeit
der jugendlichen Mädchen sehr häufig eine Senkung
der gesamten Bauchorgane mit sich, die wieder zu
zahlreichen Störungen der Verdauung Anlaß gibt.
Die kapitalistische Produktion wird hierin eine
Besserung nicht bringen ohne den gewerkschaftlichen
Kampf, und darum müssen auch die proletarischen
Mädchen mit uns unserem Verbandsangehörigen.

Eingegangene Druckschriften.

„Das wahre Gesicht des Bolschewismus“!
Tatsachen — Berichte — Bilder aus den baltischen
Provinzen. November 1918 bis Februar 1919.

Von Erich Köhler, Riga. Preis 50 Pf. Kom-
missionsverlag: Berlin 1919. Verlag für Sozial-
wissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68, Linden-
straße 114.

Man muß gute Nerven haben, um diese er-
schütternde Broschüre lesen, die ihr beigegebenen
neuen photographischen Aufnahmen ruhig be-
trachten zu können. Es ist nur ein kleiner Aus-
schnitt — die baltischen Provinzen — aus dem
Machtbereich der russischen Bolschewisten, der uns
gezeigt wird, aber er genügt, um zu zeigen, wie
rauh und erfolgreich die russischen Führer es ver-
standen haben, aus ihren ungebildeten rohen Nach-
läufern wilde Tiere voller Blutdurst und Raubgier
zu machen. Sie werden nicht mehr einzeln, sie
rauben nicht mehr heimlich, sondern offen und in
hellen Haufen überfallen sie wehrlose Dörfer und
Städte nach dem Vorbilde der Räuberbanden des
Mittelalters. Sie übertreffen diese nur noch an
Grausamkeit und Tücke. Daß uns in Deutschland
ähnliche Erfahrungen nicht erspart bleiben würden,
hat uns die Berliner Spartakistenwoche bewiesen.
Auch hier hingen sich die allerzweifelhaftesten Ele-
mente an die Spitze der Bewegung, um die Ge-
legenheit zum Rauben und Plündern abzuwarten.
Daß es nicht zu Massenmorden und bewaffneter
Frauen und Männer nach russischen Muster kam,
verdanken wir nur der Kurzlebigkeit des Berliner
Aufstandes. Wer neben den Idealen einzelner
Theoretiker der extremen Linken auch die prak-
tischen Begleiterscheinungen der bolschewistisch-
spartakistischen Bewegung an Hand von Tatsachen
kennen lernen will, der lese diese Broschüre. Er
wird dafür sorgen helfen, daß sie die verdiente
große Verbreitung finde zur Warnung für die
Leistungsfähigen und als Mahnung für die leicht-
betörten Anhänger der extremsten Tonart.

Adressenänderungen.

Dauzig. Vorsitzende: Frau Emma Gulecki,
Nebargasse 8 part.

Serford i. B. Vorsitzender: Wilm. Obermann,
Ortsinhaber. 74. Kassierer: Friedrich Saal,
Felsstr. 11.

Stendal. Vorsitzende: Klara Buchholz, Zanger-
mühlerstr. 16.

Nachruf.

Am 8. Februar verstarb nach kurzen
Leiden unser Mitglied

Hildegard Liebmann

(i. Fa. E. G. Röber).

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Bahnhalle Leipzig.

Am 21. März entriß der Tod nach nur
kurzem Krankenlager unser Mitglied

Bernhard Glas.

Wir verkünden an ihm ein langjähriges
Mitglied unserer Organisation, und sein
früheres Wirken im Vorstande sowie in
der Firma Aug. Scherl im Interesse seiner
Mitarbeiter sichern ihm ein dauerndes An-
denken. Möge ihm die Erde leicht sein!

Vorstand und Mitgliedschaft
der Bahnhalle Leipzig.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß
die Kollegin

Johanna Fehrmann

(Buchdruck-Anlegerin) nach kurzer Krank-
heit verstorben ist.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr
Die Mitgliedschaft Dresden.

Die nächste Nummer der „Solidarität“
erscheint am 19. April 1919. — Reaktionsausfluß
am 14. April 1919.